

# Zum Irakkrieg

Von Gerhard Kolb

Viele Menschen haben bis unmittelbar vor Ausbruch des Krieges gehofft, es möge etwas eintreten, was ihn verhindern werde. In Deutschland lehnt eine breite Mehrheit vor allem aus historischen Gründen, aus eigenem Leid, Kriege als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ab; daher fand besonders hier die These Zustimmung, die Möglichkeiten, den Irak auf friedlichem Wege zu entwaffnen, seien nicht ausgeschöpft worden. Allerdings setzt eine solche Entwaffnung die „Drohkulisse“ eines Truppenaufmarsches voraus, der aber nur eine kurze Zeit aufrecht erhalten werden kann und dann im Vormarsch oder im Abzug enden muß, weil bekanntlich die Kampfkraft der Soldaten sich nur eine begrenzte Zeit aufrecht erhalten läßt. Dieser Aufmarsch war, wie sich im Rückblick erkennen läßt, Drohkulisse in Vorbereitung des Krieges; die „friedliche Entwaffnung“ war nur dessen Vorstufe und sollte die Kriegführung für die USA leichter machen, indem sie den Gegner schwächte – was auch gelang. (So bedeuteten z. B. die Raketen mit einer Flugweite von 180 km, welche das irakische Regime aufgrund ultimativer Forderungen zerstören mußte, keinen Verstoß gegen die Begrenzung auf 150 km „Reichweite“, denn nur innerhalb dieses Bereichs von 150 km besitzen diese ungesteuerten Raketen eine gewisse Treffergenauigkeit, in Bereichen darüber können sie Ziele nur eher zufällig treffen.) Übrigens nennt bereits Clausewitz den Fall, wenn der Gegner aufgrund der Bedrohung nicht mehr wagt, zu den Waffen zu greifen, den besonders erwünschten.

Gleichgültig, wie gut der Irak mit den Waffeninspektoren zusammengearbeitet hätte, den Beweis, daß keine Massenvernichtungswaffen (mehr) vorhanden seien, hätte Saddam Hussein einem kriegsentschlossenen Gegner nie erbringen können, denn immer hätten sich weitere Vorräte vermuten lassen, und dieser Verdacht hätte stets zur Begründung des Einmarsches dienen können. Umgekehrt hätten auch die Inspektoren nach Jahren der Suche nicht sicher sein können, ob sie alle Massenvernichtungswaffen gefunden hätten. Die Begründung, einen Diktator (– den bekanntlich erst die USA mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet und mit dem sie gegen den Iran eng zusammengearbeitet haben –) zu beseitigen, wird als Kampf für den „Weltfrieden“ ausgegeben, eine Begründung, die dem Hegemon erwünscht ist, selbst wenn

die Gründe andere wären. Deshalb haben die USA das UN-Mandat gewünscht und waren überrascht, im UN-Sicherheitsrat so weit von einer Mehrheit für eine Legitimation des Krieges entfernt zu sein, weshalb sie ihren Krieg gegen das Völkerrecht führen müssen. Damit ist eigentlich sichtbar geworden, daß die UN genauso ohnmächtig sind wie der Völkerbund, daß sie nicht der Arm zur Durchsetzung des Völkerrechts sind, sondern nur der Spiegel des Kräfteverhältnisses der in den UN vertretenen Staaten: Der Stärkste setzt sich durch – auch ohne oder gegen die UN. Daß es nicht zum Mandat für die USA kam, liegt wahrscheinlich weniger an Frankreich als vielmehr an China und Rußland, die in einer wirklichen und keiner bloß eingebildeten Konkurrenz zu den USA stehen und die anzunehmen scheinen, sie hätten nichts mehr zu verlieren, wenn sie die USA durch das angedrohte Veto vor der Staatenwelt als die planetarische Macht entlarven, die aufgrund eigener Interessen das Völkerrecht bricht. Für Rußland stehen deswegen wirtschaftliche Interessen im Irak auf dem Spiel, und eine negative Folge des Krieges für den „Westen“ kann sein, daß Rußland weiter in die Arme Chinas getrieben wird. Jedenfalls zählt für die mit Veto drohenden Staaten die Begründung, ein den Weltfrieden beseitigendes Regime beseitigen zu wollen, nicht wesentlich.

Der völkerrechtswidrige Krieg bedeutet mit jedem Tag, den er länger auf den Fernsehschirmen zu verfolgen ist, Ansehensverlust für die USA, vor allem in den arabischen Ländern und in Europa. Die Amerikaner hatten sich offensichtlich den Krieg einfacher vorgestellt, doch weil die Iraker kämpfen und teilweise auch bessere Waffen haben als im Krieg von 1991 (vor allem ins Land geschmuggelte deutsch-französische Milan und HOT und ähnliche russische Panzerabwehrraketen), setzen die Amerikaner verstärkt ihre materielle Überlegenheit, also ihre gänzlich ungefährdet operierende Luftwaffe zur Vermeidung eigener Menschenverluste ein. Die Bombardierungen treffen die Zivilbevölkerung direkt aufgrund von Fehlschüssen und auch indirekt, weil sich militärische und zivile Infrastruktur nicht trennen lassen, es also zu schweren Zerstörungen der Infrastruktur (Stromversorgung, Brücken, Straßen, Verwaltungsgebäude, Fernmeldeeinrichtungen) kommt – wer wird sie wieder aufbauen und bezahlen?

Die Äußerungen amerikanischer Regierungsmitglieder haben – z. T. aus Unvermögen – den Eindruck bestärkt, die planetarische Macht verlache das Völkerrecht. So erklärte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Wolfowitz auf den Vorwurf einer bekannten amerikanischen Zeitung, die USA verstießen mit dem Präventivkrieg

gegen das Völkerrecht, dies sei eben ein Faktum, das man zur Kenntnis nehmen müsse und man könne damit klug oder dumm umgehen. (Der amerikanische Präsident z. B. hat vor Kriegsbeginn erklärt, jeder gegnerische Soldat, der kämpfe und seinem Vorgesetzten gehorche, sei Kriegsverbrecher, später erfolgte eine Einschränkung des Kriegsverbrecherverdikts auf die Soldaten des Gegners, die Massenvernichtungswaffen einsetzen würden.) Derlei Äußerungen haben zu Vergleichen zwischen Amerika und dem römischen Weltreich angeregt, manches, was zu hören war, erinnert an Caesars unverblümete Worte.

Seit den Ankündigungen, der Dollar solle nach dem Sieg im Irak den irakischen Dinar ablösen, die USA wollten das Land von einem amerikanischen General verwalten lassen, sie würden das Land viele Jahre lang (25 Jahre) besetzt halten usw., wird in der arabischen Welt, aber auch in Europa im Griff nach dem Öl das amerikanische Kriegsziel vermutet.

*„Die breit diskutierte Absicht der Administration Bush zu einer umfassenden Neuordnung der ganzen Region zwischen Mittelmeer und Persischem Golf bekräftigt in der arabischen Welt die Überzeugung, Amerika wolle die absolute Kontrolle über das Erdöl am Golf erringen und den Arabern seine politischen Vorstellungen, nicht zuletzt einen ungerechten Frieden mit Israel aufzwingen.“* („Die Araber angesichts der Katastrophe“, Neue Züricher Zeitung vom 29./30.3.2003.)

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde grundsätzlich eine Verbindung zwischen der Ölsicherung aus nationalem Interesse und dem Irakkrieg hergestellt:

*„Bereits vier Monate vor dem 11. September hatte Vizepräsident Richard Cheney das vielleicht wichtigste Dokument der amerikanischen Regierung vorgelegt. Dick Cheney empfahl darin, die Ölpolitik ins Zentrum der amerikanischen Außenpolitik zu rücken. Noch importieren die Vereinigten Staaten erst ein Drittel des Erdöls, das sie konsumieren. Ein Jahrzehnt später könnten es bereits zwei Drittel sein.“* (Rainer Hermann, Die arabischen Verlierer, FAZ vom 18.3.2003.)

Die Formulierung Hermanns legt nahe, daß der Anschlag vom 11.9.2001 den Vorwand für den Krieg gegen den Irak und seinen Diktator gegeben haben kann. Bundesaußenminister Fischer erklärte, er sei am 18./19.9.2001 von Wolfowitz über die amerikanischen Pläne zum Angriff auf den Irak informiert worden (Feuilleton-Interview, FAZ vom 17.3.2003), doch bis heute ist keine Verbindung zwischen den Attentätern und dem Irak nachgewiesen worden.

Weil die USA seit dem gewonnenen Kalten Krieg die einzige Weltmacht sind und sich aus ihren Einflußzonen, Militärbasen usw., die einst zur Eindämmung der Sowjetunion geschaffen wurden, nicht einfach zurückziehen konnten, nutzen sie diese nun aus der Logik der Interessenwahrnehmung, was im Bewußtsein der Öffentlichkeit unmoralisch ist, weil für sie das „*Völkerrecht*“ vor den nationalen Interessen rangieren müsse und Machtpolitik (und Rohstoffsicherung gehört dazu) für eine moralisch wertende Öffentlichkeit nicht zustimmungsfähig ist. Es wäre auch der amerikanischen Bevölkerung nicht einsichtig zu machen gewesen, wegen der Ölsicherung einen Krieg zu führen, weil man es auf dem Weltmarkt doch billig kaufen könne. So führt auch diese Weltmacht Krieg wie vordem verschleiern in religiösen und moralischen Kategorien<sup>1)</sup> gegen den Erzbösewicht, „*die Achse des Bösen*“ usw., denn solche Kategorien immunisieren gegen Kritik. (Schließlich sind Glaubensdinge rationalen Einwänden unzugänglich und in Sachen Moral werden die höchsten Werte vertreten.)

Wenn man die Ereignisse vom 11.9.2001 als Vorwand für den Krieg gegen den Irak deutet, kommt man nicht schon in die Nähe von Verschwörungstheorien, wie sie bereits unmittelbar nach den Anschlägen ins Kraut schossen, etwa derart, amerikanische bzw. israelische Geheimdienstkreise bzw. die Führungselite des Landes bzw. Teile davon seien Mitwisser bzw. Vertraute (oder gar Mittäter der Attentäter) gewesen. Wer sich über die z. T. unglaublich phantasiereichen „*Theorien*“ informieren möchte, der kann sie in einer kompletten Sammlung finden, in der sie sich selbst und einander widersprechen und durch Überbietung ins Groteske gesteigert sind, um so mehr, als heute jeder durch das Internet sich am Schmarrn beteiligen kann. (Nafeez M. Ahmed: *Geheimsache 09/11. Hintergründe über den 11. September und die Logik amerikanischer Machtpolitik. Aus dem Amerikanischen von Michael Bayer und Werner Roller, München 2003.*)

Der Anschlag vom 11. 9. als Rechtfertigung für den Krieg gegen den Irak weist deutliche Rechtfertigungsparallelen der USA zum Kriegseintritt des Ersten und Zweiten Weltkrieges auf; in diesen Tagen der manipulierten Kriegsberichte wurde mehrfach an die im Kuwaitkrieg 1991

---

<sup>1)</sup> **Anmerkung der Schriftleitung:**

Klarstellend wollen wir anmerken, daß Politik und Machtpolitik dem Grunde nach stets angewandte ideologische und religiöse Glaubensüberzeugungen sind. Einen „*Mißbrauch der Religion*“ zu politischen Zwecken gibt es nicht. Was könnte diese Erkenntnis besser belegen als der gegenwärtige Irakkrieg!

von den USA verbreitete Kriegspropaganda (Säuglingstötung in Kuwait durch irakische Soldaten) erinnert, die ebenfalls ihre bekannten historischen Vorbilder hat. Aber obgleich die Amerikakritik in diesen Tagen hierzulande allgemein ist, wird auf die historischen Parallelen aus der gemeinsamen kriegerischen Geschichte nicht aufmerksam gemacht, weil die Siegerideologie vom Verlierer nicht als Ideologie erkannt wird. Seit 1945 gilt die Einsicht, daß Angriffskriege gegen das Völkerrecht verstoßen. Dies ist ein unumstößlicher Satz vor allem der 68iger Generation, die mit der Vätergeneration darüber abgerechnet hat, insofern ist die Haltung von Bundeskanzler Schröder wohl nicht nur wahlkampfbedingt gewesen, sondern für ihn ein existentieller Satz.<sup>2)</sup> Aber anders als der Verlierer kann sich der Sieger sanktionsfrei über die Regel hinwegsetzen! Deshalb hat sich zur Überraschung vieler die „*Staatengemeinschaft*“ als Bluff erwiesen. Der Friedensbrecher müßte aus der UN ausgeschlossen, seine Mitgliedschaft zumindest suspensiert werden, der Sicherheitsrat der UN müßte die USA als Friedensbrecher verurteilen und an alle Staaten appellieren, Truppen zu deren Zähmung zu stellen, – wenn in der UN nicht doch der Stärkste sich durchsetzte.

Stattdessen werden aus der Sicht der Schwachen gegensätzliche Überlegungen angestellt, nämlich wie man die Amerikaner in der UN halten könne, damit die „*Staatengemeinschaft*“ nicht zur Bedeutungslosigkeit herabsinke. Die Fiktion soll aufrechterhalten werden, daß es ein allgemeines „*Menschenrecht*“ und „*Völkerrecht*“ gibt. Aber diese Rechte gibt es nur von Fall zu Fall, nämlich dann, wenn es im nationalen Interesse der stärksten Macht (oder einer Mehrheit) liegt, es auch durchzusetzen. Das Traumbild vom geltenden Völkerrecht ist mit dem Krieg der USA gegen den Irak zerstört worden, es soll aber sogleich durch das Traumbild des demokratischen und gleichberechtigten Diskurses wiederhergestellt werden. Dieses Wunschbild bemühte bereits Bundesaußenminister Fischer, (Feuilleton-Interview, FAZ vom 17.3.2003.) als er es bedauerte, „*nicht rechtzeitig eine strategische Debatte über den Atlantik geführt zu ha-*

---

## 2) **Anmerkung der Schriftleitung:**

Es fällt schwer, diese These unwidersprochen zu lassen. Schließlich haben weder Außenminister Fischer noch Kanzler Schröder im Jahre 1998 ähnlich „*friedensbewegt*“ reagiert, als es um die Führung des Kosovo-Krieges ging. Damals waren beide Herren auf der Seite der „*Falken*“ zu finden.

Es gehört heute keinesfalls zur allgemeinverbindlichen Rechtsauffassung der Rechtsgelehrten, daß der Angriff der NATO auf Serbien vom geltenden Völkerrecht gedeckt war.

ben; daß kein echter Austausch der Positionen stattgefunden hat.“ Ein „echter Austausch“ erfolgt nach Meinung Fischers also dann, wenn der Stärkere (USA) den Argumenten des Schwächeren (Deutschland) folgt oder durch Diskussion ein allseits befriedigender Kompromiß gefunden wird. Aber so etwas gibt es nur in der Utopie und in keiner Demokratie der Welt, denn jede Diskussion endet – und sei es nur vorläufig – in Entscheidungen, die nicht eine Sache einer abstrakten und über den Realien schwebenden menschlichen Vernunft sind, sondern Sache von menschlichen Interessen und Stärkeverhältnissen. Heilige Einfalt, wer denkt, daß es anders sein kann!

Auch in einem Leitartikel der FAZ (Berthold Kohler, Mit Amerika, 25.3.2003.) zum Thema wird dieses Traumbild beschworen, um es den empörten Schwachen zu erleichtern, weiter an die „Staatengemeinschaft“ zu glauben:

*„Das System UN ist darauf angewiesen, daß seine Mitglieder ihm Macht verleihen, und zwar nicht nur die schwächsten. Ohne die Hypermacht Amerika drohte den UN das Schicksal des Völkerbunds, die Bedeutungslosigkeit. Die berechtigte Sorge, daß die Amerikaner (...) versucht sein könnten, die Welt (nur) nach ihren eigenen Vorstellungen zu ‚ordnen‘, muß erst recht zur Intensivierung der Bestrebungen führen, Washington im Rahmen der UN zu halten. Die von Frankreich in der Irak-Krise offen verfolgte Strategie, die UN gegen die Amerikaner zu instrumentalisieren, hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Den Krieg konnte sie nicht verhindern; das unilateralistische Lager in Amerika hat sie gestärkt. Die Vereinigten Staaten werden sich – wie andere Nationen – nur dann in Bündnisse und internationale Institutionen einbinden lassen, wenn das ihren Interessen dient, ihnen jedenfalls nicht schadet. Das wird so bleiben, solange Interessen nationalstaatlich definiert werden. Folglich muß es Aufgabe jedenfalls europäischer Diplomatie sein, Washington vom Nutzen multilateraler Politik und ihres wichtigsten Forums, der UN, zu überzeugen. Schon die Aufgaben, die nach dem Ende des Krieges im Irak und im Nahen Osten zu bewältigen sind, werden dazu Gelegenheit bieten.“* Eben, die USA werden sich nur dann einbinden lassen, wenn das ihren Interessen dient. Diese zu erkennen, wird man getrost ihnen selbst überlassen dürfen! Kohler stellt die UN ungefähr als Nachhilfeinstitution vor, welche die wahren Interessen der USA durch Diskussion klärt. Doch dieses Modell findet sich im Moment öfter, wenn man begründen möchte, weshalb die UN die Koordinierung der Aufbauarbeit im Irak nach dem Krieg übernehmen sollen.

Wieviel klarer hatte Jan Ross (vor Jahren schrieb er für die FAZ) in der „Zeit“ gesprochen: Die schwachen Europäer sollten sich ihrer Vasal-

lenrolle bewußt sein; das bedeutet, den Hegemon nicht herauszufordern, wie es – siehe oben – auch Wolfowitz rät. Es bleibt gar nichts anderes übrig, denn Europa wird, durch die Ereignisse zerrissen wie selten, auch in Zukunft keine Macht sein, die mit einer Stimme und mit Gewicht gegen die USA auftreten könnte.

Zwar wird gegenwärtig von führenden europäischen Politikern gefordert, Europa müsse seine militärische Macht stärken, aber im Nato-Europa hat man bereits während des Kalten Krieges für das Militär weniger ausgegeben als für Ferienreisen. Daran wird sich auch mit abnehmenden Mitteln für Ferienreisen nicht viel ändern, denn Europa hat Probleme, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen, nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Volkswirtschaft als bedeutendste Europas nicht aus ihren Schwierigkeiten finden wird. Denn keine der politischen Kräfte ist in Deutschland in der Lage, die nötigen Reformen durchzusetzen, die eine wirtschaftliche Genesung bringen könnten. Schon seit vielen Jahren über die Verhältnisse lebend und die Leistungskraft des Sozialstaates überfordernd, werden nur Minireformen durchgesetzt, weil man starke Interessenverbände wie z. B. die Gewerkschaften fürchtet. Die Reformen reichen nicht einmal aus, um das Kriterium der Verschuldungsgrenze von 3% in den nächsten Jahren einzuhalten; weil uns dies 2002 nicht gelang, 2003 und in den nächsten vier Jahren voraussichtlich nicht gelingen wird, kommt es zu einer Aufweichung des unabdingbaren 3-Prozent-Kriteriums, worauf z. B. Frankreich schon wartet. Die Deutschen begreifen außerdem nicht, daß sie u. a. aufgrund ihrer seit dreißig Jahren bestehenden Sorglosigkeit über die demographische Entwicklung (Überalterung) zu den Globalisierungsverlierern zählen und sich die wirtschaftliche Abwärtsspirale beschleunigt. (Gerade die demographische Entwicklung wurde, weil jegliche „Volkserhaltung“ verpönt wurde, vernachlässigt.)

Was für Deutschland zutrifft, gilt mehr oder weniger für Europa insgesamt, insofern stimmt die ironische und verhöhnende Beschreibung Europas durch Robert Kagan: *„Europa wendet sich ab von der Macht, oder es bewegt sich, anders gesagt, über diese hinaus. Es betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen und Regeln, transnationalen Verhandlungen und internationaler Kooperation, ein posthistorisches Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants ‚Ewigem Frieden‘ gleichkommt. Dagegen bleiben die USA der Geschichte verhaftet und üben Macht in einer archaischen Hobbeschen Welt aus, in der auf interantionale Regelungen und Völkerrecht kein Verlaß ist und in der wahre Sicherheit sowie die Verteidigung und Förderung einer friedlichen Ordnung nach wie vor von*

*Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen.*“ (Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003).

Wie schwierig es sein wird, im Nahen Osten eine neue Ordnung (Demokratisierung) zu installieren, zeigt sich darin, daß nach einer Woche Irakkrieg im Iran für den Irak und gegen Amerika demonstriert wird: Das arabische Fernsehen kann eigene Bilder des Krieges zeigen. Gerade durch diesen Krieg könnte der Islamismus gestärkt werden, auf den sich Extremisten berufen, um durch spektakuläre Anschläge die Kluft zwischen dem Westen und dem Islam zu vertiefen, das könnte die Kette von Rache und Wiedervergeltung endlos machen.